

GASTBEITRAG / REPLIK

TFA-Belastung in der Alz: Faktenaufklärung statt ökonomischer Rechtfertigung

Von Brunhilde Husmann (Sprecherin der IG „Unser Wald“ / Vereinte Waldfreunde AÖ)

Der Bericht „TFA gelangt über Chemie-Abwässer in die Alz“ (PNP vom 27.06.2026, Kürzel *smi*) greift ein Umweltthema auf, das für die Bevölkerung im Landkreis von erheblicher Bedeutung ist. Dass diese Thematik nun öffentlich diskutiert wird, ist jedoch das Resultat zivilgesellschaftlichen Engagements. Erst eine offizielle Dringlichkeitsanfrage der IG „Unser Wald“ nach dem Bayerischen Umweltinformationsgesetz (BayUIG) und eine anschließende Pressemeldung über die Inaktivität seitens des Landratsamtes (LRA AÖ) brachten Bewegung in die Angelegenheit. Während die Initiative wohl noch bis zum Ende der vierwöchigen Frist auf die Beantwortung ihrer Fragen warten muss, hat die Presse vorab bereits Antworten erhalten. Dass dieser maßgebliche Impuls in der Berichterstattung unerwähnt bleibt, zeugt leider von mangelnder Transparenz über die eigentlichen journalistischen Quellen und einer unkritischen Nähe zur behördlichen Darstellung.

Während die behördlichen Antworten gegenüber der Presse vage blieben, brennt der Bevölkerung ein präziser Fragenkatalog unter den Nägeln, den das Landratsamt uns bis heute schuldig ist:

1. Welche konkreten Konsequenzen zieht das LRA aus der neuen EU-GefahrenEinstufung der ECHA, und wann wird die bestehende Einleiterlaubnis über rechtliche Schritte (wie nachträgliche Anordnungen) korrigiert, um strikte, rechtsverbindliche Fracht- und Mengengrenzwerte für TFA festzulegen?
2. Wie rechtfertigt die Behörde die Aufrechterhaltung der Erlaubnis, während gleichzeitig das Argument einer fehlenden „Primärherstellung“ vorgeschoben wird, obwohl das Entstehen als giftiges Nebenprodukt für die unumkehrbare Anreicherung in unserem Trinkwasser völlig irrelevant ist?
3. Inwiefern wird das Landratsamt Altötting die vom Landesamt für Umwelt (LfU) geforderte – und damals vom LRA übernommene – zusätzliche Abwasservorbehandlung jetzt unverzüglich neu einfordern und den Betreiber dazu verpflichten?

Dass das LRA sich damals über die fachliche Empfehlung des LfU hinweggesetzt hat, zeigt, dass die Behörde hier keineswegs ohne Ermessensspielraum agiert. Sie schöpfte ihren Spielraum vielmehr zulasten des technisch machbaren Gewässerschutzes aus. Für eine ohnehin vorbelastete Region ist diese Genehmigungspraxis kritisch zu hinterfragen.

IG „Unser Wald“ | Vereinte Waldfreunde AÖ Brunhilde Husmann

Widerspruch erfordert zudem der begleitende Kommentar von Erwin Schwarz („Der Preis des Erfolgs“). Die Prämisse, dass eine irreversible Umweltbelastung der unumgängliche Preis für wirtschaftliche Stabilität sei, hält einer sachlichen Überprüfung nicht stand. Die Bevölkerung des Landkreises Altötting hat die wirtschaftlichen Erfolge der Vergangenheit bereits mit den gesundheitlichen Risiken der bundesweit höchsten PFOA-Kontamination bezahlt.

Auch die Argumentation hinsichtlich alltäglicher Konsumgüter wie Teflonpfannen oder Outdoorbekleidung geht an der Realität vorbei. Für moderne Haushaltsprodukte stehen längst vollkommen fluorfreie und sichere Alternativen zur Verfügung. Es ist daher sachlich unzutreffend, die fortlaufende Emission von Ewigkeitschemikalien mit dem Besitz alltäglicher Haushaltsgegenstände zu rechtfertigen. Gewiss würde kein Bürger sehenden Auges die eigene Gesundheit und die Reinheit des Trinkwassers gegen eine Pfannenbeschichtung eintauschen. Die Akzeptanz in der Bevölkerung für industrielle Emissionen schwindet genau dort, wo Ersatztechnologien existieren, diese aber behördlich nicht konsequent eingefordert werden.

Angesichts der Tatsache, dass das Landesamt für Umwelt (LfU) bereits darauf hinweist, dass bei einer künftigen strengeren Regulierung keiner der getesteten Brunnen im Landkreis die Grenzwerte einhalten könnte, ist eine Politik der Beschwichtigung verfehlt. Wirtschaftlicher Erfolg und industrieller Fortschritt dürfen nicht im Widerspruch zum vorsorgenden Gesundheitsschutz stehen. Eine kritische journalistische Distanz gegenüber den Genehmigungsbehörden ist hierbei unabdingbar.

Zur Initiative:

Die Interessensgemeinschaft „Unser Wald“ zugehörig zum Bündnis „Vereinte Waldfreunde AÖ“ setzt sich ehrenamtlich für den Schutz der regionalen Ökosysteme, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die engagierte Gesundheitsvorsorge im Landkreis Altötting ein. Im Arbeitskreis „Gewässerschutz & Behördenkontrolle“ fordert die Initiative durch konsequente Recherchen und Anträge nach dem Umweltinformationsgesetz Transparenz von Politik und Behörden ein, um den Schutz des Trinkwassers für künftige Generationen sicherzustellen.